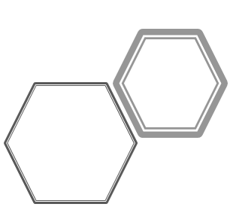
**Imkerverein Schwarmdorf**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

(Zweigverein des ‚Landesverbandes für Imkerei und Bienenzucht in Salzburg‘)



**STATUTEN**

**INHALTSVERZEICHNIS** Seite

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich, Verbandszugehörigkeit.....................................................2

§ 2: Zweck………………………………………………………………………………………………………………………………….2

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks ……………………………………………………………………………2

§ 4: Arten der Mitgliedschaft……………………………………………………………………………………………………..2

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft…………………………………………………………………………………………………..3

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft…………………………………………………………………………………….……..3

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder……………………………………………………………………………………3

§ 8: Landesverband…………………………….………………………….……………………….…………………………………4

§ 8a: Position im Landesverband…………………………………………………………………………………………………4

§ 8b: Kompetenzordnung…………………………………………………………………………………………………………….4

§ 8c: Rechte und Pflichten gegenüber dem Landesverband…………………………………………………………5

§ 9: Vereinsorgane………………………………………………………………………………………………………………….…6

§ 10: Mitgliederversammlung……………………………………………………………………………………………………..6

§ 11: Aufgaben der Mitgliederversammlung……………………………………………………………………………….7

§ 12: Vorstand …………………………………………………………………………………………………………………………….7

§ 13: Aufgaben des Vorstands.………………………………….………………………………………………………………..8

§ 14: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder…………..…………………………………….8

§ 15: Rechnungsprüfer ……………………………………………………………………………………………………………….9

§ 16: Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Vereinsbeschlüssen…………………………………………………….9

§ 17: Ausschluss von Mitgliedern………………………………………………………………………………………………..9

§ 18: Schiedsgericht…………………………………………………………………………………………………………………..10

§ 19: Freiwillige Auflösung des Vereins………………………………………………………………………………………11

§ 20: Sonstige Bestimmungen…………………………………………………………………………………………………….11

**§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich, Verbandszugehörigkeit**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Der Verein führt den Namen: „Imkerverein Schwarmdorf“. Er wird im Folgenden immer als „Verein“ oder „Ortsgruppe“ bezeichnet.
2. Der Verein hat seinen Sitz in 2222 Schwarmdorf und erstreckt seine Tätigkeit auf das Gemeindegebiet von Schwarmdorf.
3. Der Verein ist ein **Zweigverein** gemäß § 1 Abs. 4 Vereinsgesetz. Er ist demgemäß seinem Hauptverein statutarisch untergeordnet und trägt die Ziele des übergeordneten Hauptvereins mit.
4. Hauptverein des Vereins ist der „**Landesverband für Imkerei und Bienenzucht in Salzburg**“, im Folgenden immer als „Landesverband“ bezeichnet.
5. Der Verein ist ordentliches Mitglied des Landesverbandes.

**§ 2: Zweck**

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt (demonstrative Aufzählung):

1. die Erhaltung eines gesunden, flächendeckenden Bienenbestandes zur Sicherstellung der unverzichtbaren Bestäubungsfunktion der Bienen;
2. die Pflege der Bienenhaltung in einer dem Wohl der Bienen entsprechenden Betriebsweise;
3. die Beratung, Schulung und Unterstützung seiner Mitglieder, insbesondere der Jungimker und Neueinsteiger;
4. die Unterstützung des Landesverbandes bei der Erfüllung seiner satzungsmäßigen Aufgabenstellungen.
5. Weitere Zwecke des Vereins:

Hier können Sie Ergänzungen zum § 2 Zweck machen.

**§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks**

1. Der Vereinszweck soll durch die in Ziffer 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
2. Als ideelle Mittel dienen
3. Veranstaltung, Teilnahme an und Durchführung von Versammlungen;
4. Schaffung geeigneter Räume/Plätze zur Ausübung des Vereinszweckes;
5. Gesellige Veranstaltungen jeglicher Art;
6. Vorträge, Versammlungen, Diskussionsabende, Publikationen.
7. Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Mitgliedsbeiträge, Kursgebühren und andere Kostenbeteiligungen;
2. Erträgnisse aus geselligen Veranstaltungen und vereinseigenen Unternehmungen;
3. Spenden, Subventionen, Sponsoren und sonstige Zuwendungen;

**§ 4: Arten der Mitgliedschaft**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

Es gibt

1. Ordentliche Mitglieder;
2. Außerordentliche Mitglieder;
3. Ehrenmitglieder.

Zu 1.

Ordentliche Mitglieder können natürliche und juristische Personen sowie rechtsfähige Personengesellschaften sein, welche Bienen halten oder die Bienenhaltung beabsichtigen oder der Imkerei und Bienenzucht ein besonderes Interesse entgegenbringen und diese unterstützen wollen. Die ordentlichen Mitglieder bekennen sich zu den Statuten des Vereins und des Landesverbandes und beteiligen sich voll an der Vereinsarbeit.

Zu 2.

Außerordentliche Mitglieder können physische und juristische Personen sowie rechtsfähige Personengesellschaften sein, die der Imkerei und Bienenzucht ein besonderes Interesse entgegenbringen und den Verein nachweislich fördern und unterstützen. Dies können unter anderem einzelne Imker aus anderen Ortsgruppen oder anderen Bundesländern, Zuchtgruppen oder sonstige der Imkerei nahestehende Vereine und Institutionen sein. Aber auch Mitglieder die keine Bienen mehr halten, können außerordentliche Mitglieder sein. Die jeweilige Förderung oder eine sonstige Art von Unterstützung können mit dem Vorstand individuell vereinbart werden.

Zu 3.

Zu Ehrenmitgliedern können Personen wegen ihrer besonderen Verdienste um den Verein oder die Imkerei und Bienenzucht im Allgemeinen ernannt werden.

**§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft**

1. Die ordentliche Mitgliedschaft wird unter Verwendung der vom Landesverband aufgelegten Formulare beim Vereinsvorstand beantragt. Ordentliche Mitglieder sind automatisch Mitglieder des Landesverbandes, die Mitgliedschaft muss vom Landesvorstand bestätigt werden.
2. Für die außerordentliche Mitgliedschaft ist ein formloser Antrag beim Vorstand zu stellen. Diese Mitglieder sind keine Mitglieder des Landesverbandes.
3. Über die Aufnahme von ordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand und der Landesvorstand. Über die Aufnahme von außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand.
4. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
5. Die Ernennung zum Ehrenmitglied des Vereins erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Mitgliederversammlung.

**§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss.
2. Der Austritt kann durch Vorlage einer schriftlichen Austrittserklärung beim Vorstand erfolgen und wird jeweils mit dem Jahresletzten des betroffenen Kalenderjahres wirksam.
3. Der Ausschluss von Mitgliedern ist in § 17 geregelt.
4. Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den in § 17 Ziffer 1 genannten Gründen von der Mitgliederversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

**§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Nur den ordentlichen Mitgliedern steht dies auch im Landesverband zu.
2. Den Mitgliedern steht das Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung zu.
3. Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.
4. Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Mitgliederversammlung verlangen.
5. Die Mitglieder sind in jeder Mitgliederversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren.
6. Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Mitgliederversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
7. Den Mitgliedern steht das Recht zu, das Schiedsgericht gemäß § 18 anzurufen.
8. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Schaden nehmen könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen Mitglieder sind weiters zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge innerhalb der festgelegten Frist verpflichtet.

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, je einen Genossenschaftsanteil der Salzburger Imkergenossenschaft eGen. zu erwerben.

**§ 8: LANDESVERBAND**

**§ 8a:** **Position im Landesverband**

Der Verein nimmt in der nachstehend angeführten Hierarchie des Landesverbandes die Stellung einer Ortsgruppe ein.

1. Ortsgruppen

Mit ihren Organen/Funktionären: Vorstand und Mitgliederversammlung;

1. Gauverbände

Mit ihren Organen: Gauobmann und Gauversammlung;

1. Landesverband

Mit seinen Organen: Vorstand, Hauptausschuss und Mitgliederversammlung.

Zu 1.

Ortgruppen können gemäß § 1 Abs. 4 Vereinsgesetz als **Zweigvereine** oder **Zweigstellen** des Landesverbandes errichtet werden:

1. **Zweigvereine** sind selbstständige juristische Personen mit eigenen Statuten, Vereinsorganen und Mitgliedern. Sie sind eigenständige Vereine, tragen jedoch die Ziele des Landesverbandes mit und sind diesem statutarisch untergeordnet. Ihre ordentlichen Mitglieder sind automatisch Mitglieder des Landesverbandes, Umgekehrt verlieren Sie diese Stellung bei Beendigung der Mitgliedschaft des Zweigvereines beim Landesverband.
2. **Zweigstellen** sind verwaltungstechnische Untergliederungen des Landesverbandes. Sie besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit, können aber weitgehend selbständig geführt werden und ihre Funktionäre selbst bestimmen. Mitglieder von Zweigstellen sind rechtlich Mitglieder des Landesverbandes und unterstehen direkt deren Statuten., sowie der Geschäftsordnung für Ortsgruppen.
3. Hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten gegenüber dem Landesverband sind Zweigvereine und Zweigstellen gleichgestellt.
4. In jeder Gemeinde des Landes Salzburg kann eine Ortsgruppe eingerichtet werden. In Städten oder größeren Gemeinden können auch mehrere Ortsgruppen (z.B. für einzelne Stadtteile) bestehen. Ebenso können sich die Imker mehrerer benachbarter Gemeinden zu einer Ortsgruppe zusammenschließen.

Zu 2.

Es gibt 5 Gauverbände entsprechend den Gauen des Bundeslandes Salzburg. Die Stadt Salzburg zählt zum Flachgau.

**§ 8b: Kompetenzordnung**

1. Beschlüsse des Landesverbandes sind für die ihm nachgeordneten Stellen (Gauverbände, Ortsgruppen) bindend, sofern sie schriftlich mitgeteilt wurden.
2. Alle Organe haben für die Durchführung der Beschlüsse zu sorgen.
3. Auf Beschluss der übergeordneten Stelle hat binnen vier Wochen eine Sitzung der betroffenen nachgeordneten Stelle stattzufinden.

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Sofern ein Zweigverein ein Mitglied bei Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 17 nicht selbst binnen vier Wochen nach deren Bekanntwerden ausschließt, kann der Vorstand des Landesverbandes dieses Mitglied, nach Anhören des Zweigvereins, mit Wirkung für alle Zweigvereine des Landesverbandes, ausschließen. Das betroffene Mitglied ist in diesem Fall zur Anrufung des Schiedsgerichtes des Landesverbandes berechtigt.

**§ 8c: Rechte und Pflichten gegenüber dem Landesverband**

Als Mitglied und Ortsgruppe des Landesverbandes unterliegt der Verein (und seine Mitglieder) dessen Statuten mit den dort festgelegten Rechten und Pflichten. Diese sind insbesondere:

1. Der Verein hat Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung des Landesverbandes.
2. Stimmrecht und aktives Wahlrecht:

Jede Ortsgruppe mit bis zu 20 Mitgliedern hat eine Stimme, mit 21 bis 40 Mitgliedern zwei Stimmen, ab 41 Mitgliedern drei Stimmen. Das Stimmrecht übt der Obmann oder ein von der Ortsgruppe entsandter Delegierter aus, der zwingend Mitglied der entsendenden Ortsgruppe sein muss. Im Zweifel hat der Delegierte seine Mitgliedschaft und Entsendung nachzuweisen. Eine Übertragung des Stimmrechtes ist nur innerhalb der Ortsgruppe möglich. Bei der Ermittlung der Stimmengewichtung einer Ortsgruppe sind nur die ordentlichen Mitglieder zu berücksichtigen, die beim Landesverband registriert sind.

1. Das passive Wahlrecht steht allen ordentlichen Mitgliedern des Vereins zu, welche natürliche Personen und volljährig sind.
2. Der Verein hat das Recht, zur Erfüllung seiner Aufgaben die Unterstützung durch den Landesverband anfordern.
3. Der Verein (und seine ordentlichen Mitglieder) sind zur Teilnahme an allen Veranstaltungen des Landesverbandes und zur Nutzung dessen Einrichtungen zu den jeweils vorgesehenen Bedingungen berechtigt.
4. Der Verein kann vom Vorstand des Landesverbandes die Ausfolgung dessen Statuten verlangen.
5. Der Verein (und seine Mitglieder) sind verpflichtet, die Bestimmungen der Statuten des Landesverbandes einzuhalten, die statutengemäßen Beschlüsse und Richtlinien der Verbandsorgane umzusetzen und deren Anordnungen zu befolgen.
6. Der Verein hat dem Landesverband die Aufnahme und das Ausscheiden von ordentlichen Mitgliedern sowie Änderungen im Vorstand binnen 4 Wochen mitzuteilen.
7. Beabsichtigte Satzungsänderungen sind dem Vorstand des Landesverbandes mitzuteilen; über einen allfälligen Einspruch entscheidet der Hauptausschuss.
8. Der Verein hat seinen jährlichen Beitragsverpflichtungen gegenüber dem Landesverband in folgender Weise nachzukommen:
9. Für jedes ordentliche Mitglied des Vereins sind die von der Mitgliederversammlung des Landesverbandes beschlossenen Mitgliedsbeiträge und Gebühren, jeweils innerhalb der vom Landesvorstand festgelegten Frist, zu entrichten.
10. Eingehende Zahlungen werden auf rückständige Beiträge, darüber hinaus auf sonstige Rückstände verrechnet.

Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes kann darüber hinaus Beiträge und (allenfalls zweckgebundene) Gebühren festsetzen, welche der Verein von seinen Mitgliedern einzuheben und abzuführen hat. Ebenso kann sie Beitragsbegünstigungen für bestimmte Mitgliedergruppen beschließen.

**§ 9: Vereinsorgane**

Der Verein hat folgende Organe:

1. Mitgliederversammlung;
2. Vorstand;
3. Rechnungsprüfer;
4. Schiedsgericht.

**§ 10: Mitgliederversammlung**

1. Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten drei Monate des Jahres statt.
2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist aufgrund
3. eines Beschlusses des Vorstands oder der ordentlichen Mitgliederversammlung,
4. eines schriftlichen Antrages von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
5. einer Einberufung durch den Vorstand des Landesverbandes,

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. einer Einberufung durch die/einen Rechnungsprüfer in den gemäß Vereinsgesetz vorgesehenen Fällen,

abzuhalten.

1. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder mindestens 30 Tage vor dem Termin, unter Angabe der Tagesordnung, einzuladen. Die Bekanntmachung muss auf zumindest folgenden Wegen erfolgen:
2. Schriftlich oder per E-Mail an die jeweiligen, dem Verein zuletzt bekanntgegebenen, Adressen der Mitglieder;
3. Veröffentlichung auf der Homepage des Vereins, sofern eine solche eingerichtet wurde.

Bei einer beabsichtigten Änderung der Statuten ist deren wesentlicher Inhalt mit der Einladung bekanntzugeben.

1. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand, in den Fällen gemäß Ziffer 2 c) und d) durch den Vorstand des Landesverbandes oder die/einen Rechnungsprüfer. Einberufungsmängel werden grundsätzlich durch die Anwesenheit der Mitglieder geheilt.
2. Anträge zur Mitgliederversammlung müssen mindestens 7 Tage vor dem Termin beim Vorstand schriftlich oder per E-Mail eingelangt sein.
3. Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
4. Bei der Mitgliederversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder.
5. Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ist von den Mitgliedern persönlich, bei juristischen Personen und Personengesellschaften von deren gesetzlichen Vertretern, auszuüben.
6. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
7. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Obmann, bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.
8. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Mitgliederversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen die Statuten des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Die Abstimmungen erfolgen in offener Form per Handzeichen. Wenn über Vorschlag des Vorsitzenden oder über Antrag eines ordentlichen Mitgliedes mindestens ein Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder eine geheime Abstimmung verlangt, hat diese geheim mit Stimmzetteln zu erfolgen.

1. Wahlordnung:
2. Der Vorstand und die ordentlichen Mitglieder können Wahlvorschläge einbringen. Diese müssen 7 Tage vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich oder per E-Mail eingelangt sein.
3. Die Wahl wird von einem Wahlleiter geleitet, der vom Vorsitzenden vorgeschlagen und durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt wird. Für die Dauer der Wahl ist der Vorsitz in der Mitgliederversammlung an den Wahlleiter zu übergeben. Dieser hat erforderlichenfalls zwei Stimmenzähler aus dem Kreis der anwesenden Mitglieder auszuwählen. Der Wahlleiter hat sich bezüglich der Wahlvorschläge auf die Verlesung der darin aufscheinenden Namen zu beschränken.
4. Es kann nur über gültige Wahlvorschläge abgestimmt werden. Ein Wahlvorschlag ist dann gültig, wenn für jede zu besetzender Funktion ein Vorschlag enthalten ist und alle Kandidaten auf dem Wahlvorschlag schriftlich erklären, die Wahl anzunehmen. Über gültige Wahlvorschläge ist jeweils en bloc abzustimmen. Die Stimme kann jeweils nur für einen Wahlvorschlag abgegeben werden.
5. Den Kandidaten eines jeden Wahlvorschlages steht eine gemeinsame Redezeit von zusammen höchstens 15 Minuten zur Verfügung, um sich der Mitgliederversammlung vorzustellen.
6. Als angenommen gilt der Wahlvorschlag, der die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht. Erreicht – bei Vorliegen von mehr als zwei Wahlvorschlägen – im ersten Wahlgang keiner der Vorschläge die erforderliche Mehrheit, ist zwischen den beiden Wahlvorschlägen mit den meisten Stimmen eine Stichwahl durchzuführen.

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

**§ 11: Aufgaben der Mitgliederversammlung**

Der Mitgliederversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

1. Beschlussfassung über einen allfälligen Voranschlag;
2. Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts des Vorstandes und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
3. Wahl und Enthebung des Vorstandes, einzelner Mitglieder des Vorstandes und der Rechnungsprüfer;
4. Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
5. Entlastung des Vorstandes;
6. Festsetzung von Pflichtbeiträgen für ordentliche Mitglieder, welche über die gemäß § 8c Ziffer 9 festgesetzten Mitgliedsbeiträge hinausgehen;
7. Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
8. Beschlussfassung über Statuten, Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
9. Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnungspunkte.

**§ 12: Vorstand**

1. Der Vorstand besteht aus drei bis sechs Mitgliedern, und zwar aus Obmann, Schriftführer und Kassier sowie, falls möglich jeweils einem Stellvertreter und darf während der Funktionsperiode die Mindestanzahl von drei Mitgliedern nicht unterschreiten.
2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Er hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, bei Unterschreiten der unter Ziffer 1 genannten Mindestanzahl die Pflicht, an dessen Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Mitgliederversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung oder aus sonstigen Gründen, überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit, aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen.
3. Die Mitglieder des Vorstandes üben ihr Amt unentgeltlich aus. Die Höhe allfälliger, über Auslagenersatz und amtliches Kilometergeld hinausgehender, Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekostenpauschalen, Entschädigungen für besondere Arbeitsleistungen und Aufwendungen, etc., müssen von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Ebenso bedürfen Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein der Zustimmung der Mitgliederversammlung.
4. Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt vier Jahre, Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
5. Der Vorstand wird vom Obmann, bei Verhinderung von seinem Stellvertreter, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
6. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder eingeladen wurden und mindestens drei von ihnen anwesend sind.
7. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
8. Den Vorsitz führt der Obmann, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
9. Die Funktion eines Vorstandsmitglieds erlischt durch Tod, Ablauf der Funktionsperiode, Enthebung oder Rücktritt.

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Mitgliederversammlung zu richten.
2. Außer bei Tod und Enthebung sind die Funktionen bis zur Neuwahl oder erfolgter Kooptierung der Nachfolger auszuüben.

**§ 13: Aufgaben des Vorstands**

Der Vorstand ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindesterfordernis;
2. Erstellung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses;
3. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung;
4. Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
5. Verwaltung des Vereinsvermögens;
6. Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen Mitgliedern;
7. Bestellung und Abberufung von Funktionsträgern für definierte Vereinsaufgaben;
8. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

**§ 14: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder**

1. Der Obmann führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der Schriftführer unterstützt den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
2. Der Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins, insbesondere den Verein verpflichtende Urkunden, sind von Obmann und Schriftführer, in Geld- und Vermögensangelegenheiten von Obmann und Kassier, gemeinsam zu unterschreiben. Allgemeine Korrespondenz und Schriftstücke von untergeordneter Bedeutung können vom Obmann oder dem sonst zuständigen Vorstandsmitglied allein unterfertigt werden.
3. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Ziffer 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
4. Bei Gefahr im Verzug ist der Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Mitgliederversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen. Im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
5. Der Obmann führt den Vorsitz im Vorstand und in der Mitgliederversammlung.
6. Der Schriftführer führt die Sitzungsprotokolle des Vorstands und der Mitgliederversammlung.
7. Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geld- und Vermögensgebarung des Vereins verantwortlich.
8. Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des Obmanns, des Schriftführers oder des Kassiers ihre jeweiligen Stellvertreter.

**§ 15: Rechnungsprüfer**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Zwei Rechnungsprüfer werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
2. Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Mitgliederversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 12 Ziffer 9 bis 11 sinngemäß.

**§ 16: Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Vereinsbeschlüssen**

Beschlüsse von Vereinsorganen sind nichtig, wenn dies Inhalt und Zweck eines verletzten Gesetzes oder die guten Sitten gebieten. Andere gesetz- oder statutenwidrige Beschlüsse bleiben gültig, sofern sie nicht binnen eines Jahres ab Beschlussfassung gerichtlich angefochten werden. Jedes von einem Vereinsbeschluss betroffene Vereinsmitglied ist zur Anfechtung berechtigt.

**§ 17: Ausschluss von Mitgliedern**

1. Der Verein kann ein Mitglied ausschließen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtige Gründe gelten insbesondere:
   1. wenn ein Mitglied seine Treuepflicht gegenüber dem Verein oder anderen Mitgliedern des Vereines gröblich verletzt, indem es etwa durch sein Verhalten in der Öffentlichkeit das Ansehen des Vereines oder seiner Mitglieder schädigt;
   2. eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Vertrauensverhältnisses;
   3. der Verlust der Eigenberechtigung eines Mitglieds;
   4. wenn ein ordentliches Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hievon unberührt.
   5. wenn ein Mitglied sonstige mit der Mitgliedschaft verbundenen Pflichten grob verletzt;
2. Der Ausschluss erfolgt, nachdem dem Mitglied unter Angabe des Ausschlussgrundes Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, durch einstimmigen Beschluss des Vorstands. Sofern das betroffene Mitglied dem Vorstand angehört, ist es an der Vorstandssitzung zur Beschlussfassung über seinen Ausschluss weder teilnahme- noch stimmberechtigt.
3. Der Beschluss ist dem ausgeschlossenen Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes unverzüglich mitzuteilen. Mit Absenden dieses Briefes erlöschen bzw. ruhen die Mitgliedschaft des Ausgeschlossenen und alle von ihm ausgeübten Vereinsfunktionen oder ihm vom Verein übertragenen Mandate.
4. Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Briefes gemäß Ziffer 3 das Schiedsgericht gemäß § 18 anrufen. Es kann bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes seine Mitgliedsrechte, Funktionen oder übertragenen Mandate nicht ausüben.

**§ 18: Schiedsgericht**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Alle aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten werden vom vereinsinternen Schiedsgericht entschieden. Dieses ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
2. Jedes Mitglied, das sich in seinen Rechten verletzt fühlt oder aus dem Verein ausgeschlossen wurde, hat das Recht zur Anrufung des Schiedsgerichtes.
3. Die Anrufung hat innerhalb von 30 Tagen ab Kenntnis der Umstände, deren Prüfung das

Mitglied durch das Schiedsgericht anstrebt, zu erfolgen.

1. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Sie dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Mitgliederversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist
2. Das Schiedsgericht wird derart gebildet, dass der anrufende Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht und dabei den Sachverhalt, der zur Anrufung des Schiedsgerichtes führt, genau bezeichnet. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen 7 Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los.
3. Ist der Vorstand selbst Streitpartei werden die ihm gemäß Ziffer 5 zukommenden Aufgaben von den Rechnungsprüfern/einem Rechnungsprüfer übernommen.
4. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Anhörung beider Streitparteien bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit, Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

**§ 19: Freiwillige Auflösung des Vereins**

***→→→*** *Alle Inhalte dieses Dokuments beziehen sich auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sowie Trans\*Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet.*

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung und nur mit Dreiviertelmehrheit gemäß § 10 Ziffer 11 beschlossen werden.
2. Diese Mitgliederversammlung hat auch über die Verwendung des Vereinsvermögens – sofern ein solches vorhanden ist – zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, an wen dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, soweit dies möglich und erlaubt ist, dem Landesverband zufallen, sonst Zwecken der Sozialhilfe.

**§ 20: Sonstige Bestimmungen**

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.